Beschluss des Landrats vom 05.11.2026

Nr. 2100

37. Sicherheit der digitalen Daten
2025/575; Protokoll: bw

Fredy Dinkel (Grüne) wünscht die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stattgegeben.

Fredy Dinkel (Grüne) dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung dieser Interpellation. Sie zeigt, dass der Kanton sehr sorgfältig mit den Daten umgeht, die er in der Cloud hat, und trotzdem sind noch ein paar Fragen aufgekommen.
Den Antworten wurde entnommen, dass alle Cloud-Anbieter, die der Kanton nutzt, sich in der Schweiz oder in Deutschland befinden. Ist das wirklich so? Weiter hat Fredy Dinkel verstanden, dass die kantonale Verwaltung aktuell keine Vorbereitungen trifft, um sensitive Daten wie beispielsweise Personendaten kurz- bis mittelfristig in Cloud-Diensten wie Microsoft 365 zu bearbeiten. Auch hier ist die Frage, ob das stimmt. Die Antwort ist besonders im Zusammenhang mit der digitalen Souveränität wichtig, die zunehmend an Relevanz gewinnt.
In der Einleitung zur Interpellationsantwort steht, dass Anbieter sowohl im privaten Umfeld als auch im geschäftlichen Umfeld je länger, je mehr in Cloud-Anwendungen kommen und dass gerade die Software-Unternehmen zunehmend planen, ausschliesslich Cloud-Anwendungen anzubieten. Es stellt sich die Frage, was das für den Kanton bedeutet. Lässt er sich künftig in die Cloud drängen bis zu dem Moment, wo er der Bevölkerung und dem Landrat gestehen muss, dass es einfach keine Alternative gibt und er somit seine Souveränität abgibt. Dann hat man unter Umständen ein Problem. Also: Was macht und plant der Kanton diesbezüglich? Werden die Anbieter entsprechend ausgewählt? Dann noch zur Frage 2c: Der Regierungsrat schreibt, dass es ein QS der Dienststellen gebe. Gibt es aber eine übergeordnete QS?

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) dankt für das genaue Studium der Interpellationsantwort und die Fragen. Die Digitalisierung ist ein Thema, das sehr stark beschäftigt – und vor allem auch die Sicherheit. Fredy Dinkel hat gefragt, ob der Kanton in die Cloud gedrängt wird. Das muss man grundsätzlich bejahen. Die Anbieter bieten vermehrt nur noch Cloud-Lösungen an. Die kantonale Verwaltung ist über Cloud nicht ganz unglücklich, es ermöglicht das mobile Arbeiten, man hat funktionale Integrationen und man kann dort auch Innovation bieten, das ist grundsätzlich positiv. Thema ist dann aber die Datensouveränität oder überhaupt die Unabhängigkeit von diesen externen Anbietern, und da gibt es wirklich ein Problem. Das wurde aber auf gesamtschweizerischer Ebene erkannt. Die digitale Verwaltung Schweiz hat zusammen mit den Kantonen Basel-Landschaft, Bern, Aargau, Solothurn und Genf ein Projekt in Auftrag gegeben. Es ging darum, zu schauen, ob eine eigene Cloudlösung für die Schweiz angeboten werden könnte. Das wäre grundsätzlich möglich. Dann hätte man eine Microsoft-Lösung, die die Cloud-Dienste anbietet, aber auf Schweizer Basis, und das würde dazu führen, dass man etwa fünf bis zehn Jahre warten müsste für die Entwicklung und es pro Kanton geschätzt etwa CHF 100 Mio. kosten würde. Das ist also ein grosses Projekt. Aber die Datensouveränität wird sehr ernst genommen. Man wird das Problem jedoch nicht alleine lösen können. Der Druck von Google, Microsoft, etc. ist gross und man ist auf deren Dienstleistungen angewiesen. Irgendwann werden Services eingestellt oder unattraktiv gemacht, wenn man nicht in der Cloud ist.
Weniger wichtig ist der Firmensitz. Viel wichtiger ist, welches Recht zur Anwendung kommt. Bei der Erarbeitung der Verträge wird darauf geachtet, dass der Gerichtsstand Schweiz oder Deutsch-

land ist. Dann war die Frage, womit man in die Cloud geht. Aktuell geht man nicht mit hochsensitiven Daten in die Cloud. Cloudlösungen sind aber für die Effizienz der Verwaltung interessant, weil man alles am gleichen Ort ablegen kann und alle gleichzeitig Zugriff auf die Daten haben. Falls es also eine Entwicklung geben sollte, befindet man sich im regelmässigen Austausch mit dem Datenschutz. Technisch ist dies alles problemlos machbar. Die wirklich harten Fragestellungen liegen immer beim Datenschutz. Der Austausch funktioniert gut. Markus Brönnimann macht einen super Job, was aber auch nicht dazu führt, dass es schneller vorwärtsgeht.
Zur Frage der Sicherheit: Im Cyberbereich gibt es einen Verantwortlichen auf kantonaler Ebene und dann Sicherheitsbeauftragte im Bereich Cybercrime und Digitalisierung in jeder Direktion. Es gibt also eine Hierarchie. Der Regierungsrat hat zudem gerade beschlossen, eine neue Stelle zu schaffen: Chief Information Security Officer (CISO). Das kantonale Informatiksicherheitssystem soll weiterentwickelt werden, um Risiken zu erkennen und deren Mitigation sicherzustellen.

://: Die Interpellation ist erledigt.